Ressort: Gesundheit

Bundesregierung gegen HIV-Zwangstests

Berlin, 18.10.2012, 00:00 Uhr

GDN - HIV-Zwangstests im Polizeieinsatz sollen verboten bleiben. Dazu gebe es keinen "Regelungsbedarf auf Bundesebene", heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken, aus der die Online-Ausgabe der "Bild-Zeitung" zitiert.

Die Zwangs-Tests würden elementaren Grundrechten widersprechen. Und außerdem sei aus den letzten zehn Jahren kein Fall bekannt, in dem ein HIV-positiver Mensch einen Polizisten im Einsatz infiziert habe, so die Regierung. Anlass für die Anfrage ist ein Gesetzesplan in Sachsen-Anhalt, mit dem HIV-Zwangstests legalisiert werden sollen. "Für die Zwangstests gibt es weder einen Anlass noch eine rechtliche Basis", sagte die Lesben- und Schwulenpolitische Sprecherin der Linken, Barbara Höll. "Die Antwort der Bundesregierung ist eine Ohrfeige für die Landesregierung Sachsen-Anhalts."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-696/bundesregierung-gegen-hiv-zwangstests.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619